



NIEDERSCHRIFT

über die 18. Sitzung des Mobilitätsausschusses

der Stadt Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 18.05.2022,

im Rathaus Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:12



Anwesenheitsliste

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jennifer Follmann	Vertreterin für Julius Baur (ab 18:32 Uhr, ab TOP 4)
Felix Gerig	
Christian Kolain	Vertreter für Julius Baur (bis 18:32 Uhr; bis TOP 3)
Lea Saßnowski	Vertreterin für Dr. Lea Heidbreder; ab 17:07 Uhr (TOP 2)
Ben Schwarz	ab 17:09 Uhr (TOP 2)

CDU

Cyrus Bakhtari	
Oliver Blanz	
Dr. Andreas Hülsenbeck	

SPD

Klaus Eisold	Vertreter für Dominic Scheid
Lisa Rocker	bis 19:08 Uhr (TOP 7)
Aydin Tas	

FWG

Aniello Casella	
Hermann Eichhorn	

Pfeffer und Salz

Marianne Brunner	bis 18:19 Uhr (TOP 3)
------------------	-----------------------

beratende Mitglieder

Susanne Brunck	
Dieter Wörle	



Vorsitzender

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Ralf Bernhard

Stefan Grewenig

Christopher Schmidt

Sonstige

Sandra Diehl

Schriftführerin

Stefanie Dausch

Entschuldigt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Lea Heidbreder

vertreten durch Lea Saßnowski

SPD

Dominic Scheid

vertreten durch Klaus Eisold

FDP

Carsten Triebel

DIE LINKE

Moritz Ranalder



Unentschuldigt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julius Baur

vertreten durch Christian Kolain (bis 18:32; bis TOP 3) und Jennifer Follmann (ab 18:32, ab TOP 4)

beratende Mitglieder

Suhila Algmati

Moritz Raatz



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verkehrsberuhigung in der Wieslauter- und Erlenbachstraße durch Verkehrslenkungsmaßnahmen
Vorlage: 660/312/2022
3. Verkehrsführung in der Hindenburgstraße
 - 3.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verkehrsführung in der Hindenburgstraße
Vorlage: 101/641/2022
 - 3.2. Verkehrsführung in der Hindenburgstraße - Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: 660/313/2022
4. Einführung der ÖPNV - Preisstufe 0 im Stadtgebiet von Landau in der Pfalz
Vorlage: 660/316/2022
5. Potenzialuntersuchung einer "Südpfalzbahn"
Vorlage: 660/317/2022
6. 1. Änderung des Bauprogrammes 2022 - 2025
Vorlage: 660/318/2022
7. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verkehrsberuhigung in der Wieslauter- und Erlenbachstraße durch Verkehrslenkungsmaßnahmen

Der Vorsitzende informierte über die Problematik des motorisierten Verkehrs in dem Wohngebiet Erlenbachstraße und Wieslauterstraße und übergab das Wort an Herrn Bernhard zu weiteren Ausführung.

Herr Bernhard teilte mit, dass in dem Wohnviertel ein hoher Handlungsbedarf bestehe. Es werden Geschwindigkeiten in hohem Maße und hoher Vielzahl überschritten. Desweiteren werden Gehwege zugeparkt und Fußgänger*innen müssen auf die Fahrbahn ausweichen.

Mit Anliegerstraßen erreiche man nur einen mäßigen Erfolg, da diese in der Praxis nicht zu kontrollieren sind. Sehr wirksam könne jedoch eine bauliche Anlage im Sinne eines modalen Filters für die Verkehrslenkung sein.

Hierbei werden Pfosten quer über die Straße in der Kreuzung angebracht, um das Geradesausfahren zu unterbinden und nur abbiegende Verkehre zu ermöglichen. Schleichwege für den Autoverkehr durch die Wieslauter- und Erlenbachstraße sind dann nicht mehr möglich. Die Wieslauter Straße könne nur noch von Osten kommend in südlicher Richtung über die Erlenbachstraße verlassen werden. Mit dieser Maßnahme verspreche man sich eine erhebliche Geschwindigkeitsreduzierung.

Um die Gehwege für alle Fußgänger*innen freizuhalten könne man im südlichen Teil der Erlenbachstraße einen Parkstreifen auf der Fahrbahn markieren. Dies sei allerdings nur in Verbindung mit einer Einbahnstraßenregelung möglich.

Wegen der Schleppkurve des Müllfahrzeuges ist die Anbringung der Pfosten nur über eine diagonale Anordnung von Südwesten nach Nordost sinnvoll.

Gespräche mit den Zuständigen der Feuerwehr und dem betroffenen Zulieferer wurden bereits geführt.

Die Frage von Herrn Dr. Hülsenbeck, ob die Pfosten jederzeit herausnehmbar seien, bestätigte Herr Bernhard.

Herr Bakhtari erkundigte sich, wie weit die Poller auseinander stehen und ob es für E-Scooter-Nutzer*innen oder Rollerfahrer*innen noch möglich sei, durchzufahren. Weiter fragte er, ob ein Querparken in der Erlenbachstraße sinnvoll wäre.

Herr Bernhard antwortete, dass die Abstände 1,50 Meter betragen werden und ein Querparken nicht möglich sei, da für eine freie Fahrbahn vier Meter Breite benötigt werde.

Herr Blanz wollte wissen, wie man verhindern wolle, dass Autofahrer*innen sich nicht unberechtigt über den Bordstein mogeln, um geradeaus weiterfahren zu können.

Herr Grewenig sagte, dass an dieser Ecke bereits ein Verkehrsschild stehe und somit eine Abkürzung über den Gehweg nicht möglich sei.

Frau Rocker fragte, ob die östliche Wieslauterstraße ebenfalls eine Einbahnstraße werden wird und ob sich der Verkehr dann an der unteren Ecke des Nordrings bündeln werde.

Herr Bernhard sagte, dass die Wieslauterstraße beidseitig befahrbar bleibe und der Vorsitzende ergänzte, dass man die neue Regelung dann beobachten werde und in



etwa einem Jahr nachsteuern könne. Gespräche mit den Anwohnern und Firmenansässigen vor Ort seien gut verlaufen und es gab keine gravierenden Bedenken zur vorgestellten Planung.

Frau Brunner erkundigte sich, ob die Parkraumbewirtschaftung in diesem Bereich ausgeweitet werde.

Herr Bernhard äußerte, dass nach dem Beschluss zur neuen Parkraumbewirtschaftung die Aufnahme neuer Quartiere in das System geprüft wird.

Herr Eisold merkte an, dass die Ausfahrt der ALDI-Filiale in der Industrie- und Wieslauterstraße sei, die der LIDL-Filiale allerdings nur zur Wieslauterstraße rausgehe. Daher wollte er wissen, ob die Ampelanlage für diesen Verkehr ausgelegt sei.

Herr Bernhard informierte, dass die Landauer Ampelanlagen saniert werden. Zunächst stehen die in der Rheinstraße und Marienring an, danach seien die in der Dammühlstraße eingeplant. Die Lichtsignalanlage an der Wieslauterstraße ist jedoch ausreichend leistungsfähig.

Frau Saßnowski resümierte, dass bei der Vor-Ort-Veranstaltung die Mehrheit der vielen Anwesenden bereit sei, trotz der Bedenken zur Pollerlösung, im Sinne der Sicherheit diesen Lösungsvorschlag auszuprobieren.

Herr Dr. Hülsenbeck sei überrascht, dass eine derart hohe Frequenz an Verkehr herrsche. Da es eine kostengünstige Maßnahme sei und dem Bürgerwunsch entsprochen werde, stimmte er dem Verwaltungsvorschlag zu. Da die Gesamtsituation beobachtet werde und eventuelle Mehrbelastungen der Hainbachstraße und Horststraße sowie Unfallbeobachtungen im Blick blieben, könne nach einem Jahr nachgesteuert werden.

Auch Frau Rucker stimmte aus den gleichen Überlegungen wie die CDU-Stadtratsfraktion zu. Dies sei eine kostengünstige Version um die Verkehrsfrequenz in den Griff zu bekommen. Sie schlug noch vor, den Schulweg zur Thomas-Nast-Schule vorzugeben.

Herr Casella bedankte sich, dass man sich dieser Problematik angenommen hatte und stimmte den Vorschlägen zu.

Frau Brunner merkte an, dass in dem Wohnbereich Wollmesheimer Höhe ebenfalls Bedarf zum Handeln bestehe und stimmte dieser Sitzungsvorlage zu.

Der Mobilitätsausschuss stimmte einstimmig folgenden Beschlussvorschlägen zu.

Beschlussvorschläge:

1. Dem Einbau eines modalen Filters in Form einer temporären Durchfahrtssperre für den Kfz-Verkehr im Knotenpunkt Wieslauterstraße/Erlenbachstraße wird zugestimmt.
2. Der Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung in der Erlenbachstraße zwischen Wieslauterstraße und Nordring in Fahrtrichtung Nord-Süd mit Freigabe für den Radverkehr in Gegenrichtung wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verkehrsführung in der Hindenburgstraße

Siehe Niederschrift zu Punkt 3.2.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verkehrsführung in der Hindenburgstraße

Siehe Niederschrift zu Punkt 3.2.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.2. (öffentlich)

Verkehrsführung in der Hindenburgstraße - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Bernhard führte aus, dass die Hindenburgstraße für einen Kreisverkehr, vergleichbar der des An 44, nicht über eine ausreichende Breite verfüge. Mit einem Außendurchmesser von 17 Metern müsse in das Zoogelände eingegriffen werden. Auch bei einer Verschiebung nach Süden, müsste eine dort vorhandene Baumgruppe weichen. Mangels Platz wurde daher eine Kreisverkehrlösung ausgeschlossen. Aus diesem Grund empfehle man einen weiteren Zebrastreifen im Bereich des Zooeingangs sowie die Aufstellung eines Stoppschildes in der Zeppelinstraße.

Da es sich bei der Hindenburgstraße um eine Vorrangroute für den motorisierten Verkehr handle, lehne man eine Rechts-vor-Links-Regelung ab. Ein ständiges Anhalten und Anfahren wäre mit erhöhtem Lärm und Abgasausstößen verbunden und für den dort verlaufenden Busverkehr müsse ein weiterer Zeitfaktor eingeplant werden.

Herr Schmidt erklärte, dass der Zugang des Bethesda zur Bodelschwingstraße führe und somit keine Voraussetzung für die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Hindenburgstraße vorliege. Auch die Zooschule sei nach dem strengen Kriterienkatalog der StVO keine Ausnahme von der regulären Geschwindigkeitsregelung abzuweichen.

Es gebe die Möglichkeit in Höhe der Schule das Gefahrenschild „Kinder“ durch ein Tempo-30 Schild zu ergänzen. Auch wenn hier nicht schnell gefahren werde, sei dies dennoch sinnvoll und es müsse von Montag bis Freitag 7 Uhr bis 18 Uhr die reduzierte Geschwindigkeit eingehalten werden.

Frau Rocker hatte den Eindruck, dass nur ein Teil der Argumente nachvollziehbar sei und andere passend gemacht würden. Sie sah die Möglichkeit eines Dreiarmligen-Kreisels durch Versetzung in städtische Grundstücke und Entfernung einzelner Bäume und bat dies nochmals zu überdenken.

Aufgrund des Andrangs am Zooeingang sei ein Zebrastreifen nicht ausreichend. Die Prüfung der Tempo 30-Zone sei ihrer Meinung nach möglich. Die Verwaltung müsste die Gefahrenlage als Ermessensentscheidung festlegen.

Herr Gerig bat ebenfalls um nochmalige Prüfung, ob der Zoo als Voraussetzung einer Tempo 30 Zone gesehen werden könne.

Der Vorsitzende bot an, mit Zustimmung des Ausschusses beim LVM und BVM die Aufnahme des Zoos in den Kriterienkatalog der StVO aufzunehmen.

Herr Bakhtari bat ebenso um Überprüfung, ob der Kreislauf in die Baumreihe eingefügt werden könnte.

Herr Bernhard teilte mit, dass dies grundsätzlich möglich sei. Da es sich dann um eine größere Investition handle, müsse dies erst im Haushalt in der Finanzplanung und in den Investitionsmaßnahmen aufgenommen werden.

Herr Casella meinte, dass die vorgelegte Maßnahme ein guter Anfang sei, aber noch weitere folgen müssten.

Er erkundigte sich, ob der bestehende Zebrastreifen erhalten bliebe, wenn der zweite komme oder ob dieser Richtung MSG verschoben werden könne.



Herr Bernhard antwortete, wenn der neue Zebrastreifen gut angenommen werde, könne man überlegen, ob man den ursprünglichen entfernt.

Frau Brunner widersprach bezüglich der Tempo 30 Zone, dass es diese in der Annweilerstraße gebe, obwohl weder Schule noch Kindergarten vorhanden seien. Sie mahnte, dass die Verwaltung lediglich beraten dürfe, es jedoch die Entscheidung der Politik vorbehalten sei. Den ersten kleinen Schritten werde man jedoch zustimmen.

Die Herren Bernhard und Schmidt entgegneten, dass die Verwaltung keine Entscheidung gegen geltendes Recht zulassen dürfe.

Nach wiederholter Wortmeldung ohne Rederecht, verwarnte der Vorsitzende Frau Brunner, sie bei der nächsten Unterbrechung schrittweise des Saales zu verweisen.

Frau Brunner verließ daraufhin vorzeitig die Sitzung.

Frau Brunck bat um Berücksichtigung, dass ein Minikreisel kein sicherer Übergang für Menschen mit Beeinträchtigungen sei. Ein Stoppschild in der Zeppelinstraße sei eine sehr gute Maßnahme.

Herr Eisold war der Meinung, man müsse mehr Mut haben. Wer solle gegen die Einschränkung einer 30er Zone klagen. Richterrecht könne auch mal anders entschieden werden.

Herr Bernhard äußerte, man könne keine Entscheidung treffen gegen einen klar vorgegebenen Kriterienkatalog, nur, weil keiner klagen werde.

In Dammheim gab es bereits so einen Fall.

Herr Schmidt klärte auf, dass dies ab Sommer Einfluss auf Verwarnungen im fließenden Verkehr haben werde. Wenn die Grundlage der Verwarnung fehlerhaft sei, müssten alle wieder zurückgenommen werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stimmte der Mobilitätsausschuss bei einer Enthaltung einstimmig folgenden Beschlussvorschlägen zu.

Beschlussvorschläge:

1. Eine Überquerungshilfe zwischen den Einmündungen Eckenerstraße und Richthofenstraße ist auf Grund der zu geringen Fahrbahnbreite nicht möglich. Als Alternative wird einer Überquerungshilfe direkt nördlich der Einmündung der Bodelschwingstraße zugestimmt.
2. Einer weiteren Überquerungsmöglichkeit als Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) zwischen der Einmündung der Nordparkstraße und dem Zooeingang wird zugestimmt.
3. Eine Tempo 30 Regelung im nördlichen und mittleren Teil der Hindenburgstraße ist rechtlich nicht möglich. Im südlichen Teil am MSG wird der Prüfung von Tempo 30 zugestimmt.
4. Ein Kreisverkehr in der Einmündung Hindenburgstraße/Zeppelinstraße wird auf Grund der fehlenden Fläche abgelehnt.
5. Eine „Rechts vor Links“ Regelung an den Einmündungen der Immelmannstraße, Eckenerstraße, Richthofenstraße, Boelkestraße und Bodelschwingstraße wird auf Grund des Linienbusverkehrs und der zusätzlichen Lärm- und Abgasbelastung abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Einführung der ÖPNV - Preisstufe 0 im Stadtgebiet von Landau in der Pfalz

Herr Grewenig erläuterte die Sitzungsvorlage.

Die neue Preisstufe könne frühestens ab dem 01.01.2023 eingeführt werden. Die Stadt Landau müsse die fehlenden Einnahmen von rund 22.000 Euro an den VRN kompensieren. Dieser Betrag werde jedoch jährlich um zehn Prozent verringert, so dass nach zehn Jahren keine Zahlungen mehr zu leisten seien.

Herr Eisold äußerte sich verwundert, dass dieser Antrag auch ohne die in der Sitzungsvorlage genannte Gegenfinanzierung möglich sei.

Herr Dr. Hülsenbeck fragte, wie die Monatskarte angerechnet werde, wenn man das Gebiet der Preisstufe 0 verlässt.

Herr Bernhard antwortete, man werde dies bei der entsprechenden Stelle des VRN nachfragen.

Der Mobilitätsausschuss empfahl einstimmig dem Hauptausschuss sowie dem Stadtrat folgenden Beschlussvorschlägen zuzustimmen.

Beschlussvorschläge:

1. Der Einführung der Preisstufe 0 zum Jahresbeginn 2023 im Stadtgebiet Landau wird zugestimmt.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden ab dem Jahr 2023 bereitgestellt. Eine Gegenfinanzierung wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 dargestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Potenzialuntersuchung einer "Südpfalzbahn"

Nach Erläuterung der Sitzungsvorlage eröffnete der Vorsitzende die Fragerunde.

Frau Rocker wollte wissen, mit welchen Kosten zu rechnen sei.

Herr Bernhard sagte, dass dies noch nicht bekannt sei. Zunächst ging es darum, sich Angebote für eine Machbarkeitsstudie einzuholen.

Der Vorsitzende ergänzte, dass nach Eingang der Angebote nochmals eine Abstimmung erfolgen werde.

Auf die Frage von Herrn Tas, ob die Strecken ein- und/oder zweigleisig bleiben oder geändert werden, antwortete der Vorsitzende, dass dies durch die Deutsche Bahn geprüft werde.

Herr Tas sah viele Probleme aufkommen. Für die Elektrifizierung müssten viele Bäume geopfert werden. Er möchte sich hier enthalten, weil er große Einschnitte in die Natur sehe. Desweiteren solle man bedenken, dass eine Erhöhung des Güterzugverkehrs erfolgen werde, was sich wiederum auf den Lärmschutz auswirke.

Herr Dr. Hülsenbeck vertrat die Meinung, dass eben dieser Güterverkehr über die Schienen in nächster Zukunft immer notwendiger sei.

Herr Grewenig erklärte zu den Schließzeiten der Bahngleise, dass aktuell ein Bestandschutz bestehe. Sobald jedoch am Bahnsteig Süd oder West bauliche Veränderungen vorgenommen werden, würde die Deutsche Bahn die Schließzeiten zu Lasten des Straßenverkehrs anpassen.

Herr Gerig erwähnte, dass die Einfahrtgeschwindigkeit des Zuges bei 50 km/h liege und daher kürzere Schließzeiten angemessen seien.

Herr Bernhard gab die Auskunft, dass die Deutsche Bahn hier keinen Anlass für eine Veränderung sehe.

Der Mobilitätsausschuss stimmte bei einer Enthaltung einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt mit den beteiligten Akteuren auf den Weg zu bringen und Angebote für eine Machbarkeitsstudie einzuholen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

1. Änderung des Bauprogrammes 2022 - 2025

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Der Mobilitätsausschuss empfahl einstimmig dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen folgendem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Das Bauprogramm 2022 – 2025 wird nach Anlage 1 geändert.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Verschiedenes

Tempo 30 Godramstein

Herr Schmidt informierte, dass vom LBM eine positive Stellungnahme einging. Nun könne die gesamte Hauptstraße zu einer Tempo 30 Zone verknüpft werden.

Mobilitätskonzept

Herr Bakhtari erkundigte sich, ob das Mobilitätskonzept verändert oder angepasst werde.

Der Vorsitzende verneinte dies, da noch einige Punkte aus diesem Konzept umzusetzen seien.

Ampelanlage Rheinstraße

Frau Rocker bat um Überprüfung, ob die Rot- und Grünphasen der Ampelanlage in der Rheinstraße verändert werden könnten. Ihr kämen die Wartezeiten sehr lange vor, vielleicht wäre es daher möglich, kürzere Grünphasen für die Fußgänger*innen einzurichten, dafür aber häufiger. Die Verwaltung wird dies prüfen.

Parken während des Ladevorgangs

Herr Schwarz fragte, wie die Regelungen für das Parken während eines Ladevorgangs sind. Da man nicht wüsste, wie lange das E-Fahrzeug lädt, schlug er eine Parkscheibenregelung vor, damit der Nutzer / die Nutzerin wüsste, wie lange er / sie sich vom Fahrzeug entfernen dürfe, ohne mit einer Verwarnung rechnen zu müssen. Die Verwaltung werde diese Anfrage aufarbeiten.

Baustellen

Herr Eisold war der Meinung, dass die Verkehrsführung von Zweibrücker Straße und Schloßstraße zu unübersichtlich sei und man diese besser ausweisen solle. Die Stoppstraße könne während der Bauphase entfallen, da von links niemand kommen könne.

Desweiteren erkundigte er sich, ob die Brücke über die B10 Ende Mai wieder geöffnet werde.

Herr Bernhard antwortete, dass sich der Verkehr bezüglich der Baustelle Schlösselknoten gut eingependelt habe und die Verkehrsführung ab 06.07. wieder umgestellt werde.

Nächste Woche solle die Brücke K13 teilweise wieder freigegeben werden.



Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 18.05.2022 umfasst 9 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 38.

Vorsitzender

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Stefanie Dausch
Schriftführerin